

# Auer Tageblatt

Belegungen nehmen die Anzeigen und die Besondere die Postenstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluss Nr. 52.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abdruckpreis: Die Bekanntmachungen der Anzeigen sind für die ersten 10 Zeilen 15 Heller, für die folgenden 10 Zeilen 10 Heller, für die übrigen 5 Heller. — Preis für den Abdruck 10 Heller.

Telegramme: Exgeblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auz. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 71

Donnerstag, den 25. März 1926

21. Jahrgang

### Schluß der Reichstagsdebatte über Genf.

Tirpitz und Dr. Luther sprechen. — Die Haltung der deutschen Delegation wird von der Mehrheit gebilligt.

Der Reichstag hat die zweitägige Aussprache über die Außenpolitik mit der Annahme des Billigungsantrages abgeschlossen, den die vier Regierungsparteien, unterstützt von der Sozialdemokratie, eingebracht hatten. Der Reichstag hat damit die Erklärungen der Reichsregierung und die Haltung der deutschen Abordnung in Genf gebilligt. Er hat die Erklärungen bekräftigt, die zwischen dem am Vertrag von Locarno beteiligten Mächten in Genf über Aufrechterhaltung und Fortführung der Locarno-Politik vereinbart worden sind. Er hat schließlich die Erwartung ausgesprochen, daß durch weitere Erleichterungen im besetzten Gebiet bereits vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die in Genf erfolgten Vereinbarungen wirksam werden.

Die Abstimmungen begannen mit der Ablehnung des kommunistischen Misstrauensvotums gegen die ganze Reichsregierung. Dafür stimmten die Deutschnationalen, die Kommunisten und Bäckischen. Es folgte die namentliche Abstimmung über das Misstrauensvotum der Deutschnationalen, das sich gegen den Reichskanzler Dr. Luther und Außenminister Stresemann richtete. Es wird

mit 259 gegen 141 Stimmen

der Deutschnationalen, Bäckischen und Kommunisten abgelehnt. (Beifall bei der Mehrheit.)

Schließlich wurde die Billigungsformel der Regierungsparteien in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Bäckischen und Kommunisten angenommen.

Die Anträge der Bäckischen, Deutschnationalen und Kommunisten auf

Zurückziehung des Eintrittsgesuchs in den Völkerbund werden abgelehnt, ebenso ein völkischer Antrag auf Einstellung der Dawes-Zahlungen.

Das Gehalt des Reichskanzlers wurde bewilligt. Dagegen stimmten nur die Bäckischen und Kommunisten, die Deutschnationalen stimmten mit der Mehrheit dafür. (Gelächter bei den Bäckischen und Kommunisten.)

Berlin, 23. März. Der Reichstag redet heute die außenpolitische Aussprache fort. Nach der Rede des völkischen Abgeordneten Graf Reventlow, während der der Regierungstisch leer war, beantragte Graefe (völk.) Vertagung, bis sich die Regierung eingefunden habe. Präsident Abbe hält das Fernbleiben der Regierung für Absicht infolge früherer schwerer Beleidigungen gegen Minister. Die Bäckischen seien selbst in der Lage, diesen Zustand zu ändern. Der völkische Antrag wird abgelehnt. Als Dr. Breitscheid (Soz.) seine Ausführungen beginnt, erscheinen die Minister im Saal. Dr. Breitscheid erklärte u. a.: Die Sozialdemokraten können die jetzige Außenpolitik im wesentlichen billigen, wenn sie der Regierung auch in vielen anderen Fragen scharf gegenüberstehen. Wir billigen die Haltung der deutschen Delegation in Genf. Wenn aber Briand und Chamberlain Polen nach oder während Locarno ohne Kenntnis Deutschlands Versprechungen gemacht haben, so müssen wir das als nicht korrekt und als loyal bezeichnen. Die Wahrung des deutschen Rechtsstandpunktes gegen den polnischen Anspruch war geboten. Ich sehe in dem Ausgang von Genf für Deutschland eine bessere Lösung, als wenn wir durch Hintertüren doch noch in den Völkerbund gekommen wären. Abg. Breitscheid schloß: Wir sind keineswegs begeistert von dem Völkerbund, wie er ist. Wir wünschen seine Umwandlung aus einem Bunde der Regierungen zu einem wahren Bunde der Völker. Aber wir halten fest an dem Gedanken des Völkerbundes, wir verlangen, daß Deutschland unter den bekannten Bedingungen in den Völkerbund eintritt.

#### Der Misstrauensantrag der Deutschnationalen.

Inzwischen ist ein Antrag der Deutschnationalen eingegangen, der Reichskanzler und den Reichsaußenminister besitzen nicht das Vertrauen des Reichstages.

Abg. v. Tirpitz (Dnt.) führte aus: Die in Locarno und Genf angewandten Methoden haben zu einer Niederlage geführt. Die Zurückziehung des Aufnahmeantrages ist um so notwendig, als wir gar nicht übersehen können, was bis zum September geschehen kann.

Reichskanzler Dr. Luther,

der nach Tirpitz das Wort nahm, führte u. a. aus: Der Rede des Abg. v. Tirpitz habe ich mich nicht angeschlossen.

punkte entnommen. Erstens handle es sich nicht darum, Locarno nach rückwärts zu revidieren, zweitens solle Deutschlands Eintrittsgesuch zurückgezogen werden. Es ist ein schweres Problem, diese beiden Gesichtspunkte zu vereinbaren. Der Gedanke, Deutschland habe seine Freiheit verloren, das Eintrittsgesuch zurückzuziehen, ist völlig irrig. Deutschland hat diese Freiheit und daran ist auch nichts durch die Kundgebung geändert worden. Wir wollen Locarno nicht nur nicht rückwärts revidieren, sondern es ausgefallten. Locarno ist die Grundlage unserer Außenpolitik. Gewiß ist vielerlei noch nicht erfüllt. Aber andererseits ist Locarno auch nicht wirkungslos gewesen. Wir haben vieles erreicht, was ohne Locarno nicht erreicht worden wäre. (Gehäufte Zustimmung.) Daß die Locarnopolitik fortgesetzt werden soll, ist in der Kundgebung ausgesprochen. Ich bekenne mich dazu, daß die Kundgebung in seinen Grundgedanken unserer Initiative entsprungen ist. (Ort! Ort! rechts; Beifall in der Mitte und links.) Gewiß, einen anderen Weg gab es gar nicht, um festzustellen, daß trotz des vorläufigen Nichtbeitritts Deutschlands in den Völkerbund die Politik von Locarno fortgesetzt werden solle, und daß die Locarno-Abmachungen auch juristisch in Kraft treten sollen. Es muß doch festgestellt werden, daß nach den Parlamentsbeschlüssen Locarno die anerkannte Grundlage unserer Politik ist. Es wird ganz zu Unrecht der Anschein erweckt, als sei die Meinung der Welt seit Genf gegen Deutschland.

Aber, meine Damen und Herren, wie ist unsere Stellung draußen in der Welt? Die Meinung in der Welt draußen, von gewissen besonders liegenden Fällen abgesehen, die Meinung besonders auch in Amerika, läßt gar keinen Zweifel darüber, daß gerade die Art, in der die Verhandlungen in Genf geführt und zum Abschluß gebracht worden sind, in der Welt vom deutschen Standpunkt aus als richtig anerkannt wird. Wo lesen Sie draußen in der Welt Vorwürfe gegen Deutschland wegen seines Verhaltens in Locarno? Davon hört man in Deutschland erst. Draußen hat man mit aller Deutlichkeit gesagt: Der Völkerbund hat einen schweren Schlag erlitten. Gar kein Zweifel. Draußen hat man mit allem Nachdruck ausgesprochen, was unterfrischen werden muß, daß die ganze Schwierigkeit sehr stark mit dadurch in Bewegung gesetzt worden ist, daß etwa vierundzwanzig oder halbe Ansprachen, die in oder nach Locarno stattgefunden haben, uns nicht, wie es hätte sein müssen, wie wir es beanspruchen durften, offen mitgeteilt worden sind. Die ganze Welt ist voll mit diesen Nachrichten. Was meinen Sie, wie die Stimmung der Welt sein würde, wenn wir mit einem Male erklärten: darauf kommt es für uns nicht an, wir ziehen jetzt eine ganz andere Folgerung, wir ziehen das Eintrittsgesuch in den Völkerbund zurück. Dann würde es nicht mehr heißen: Deutschland hat bis zum letzten um das sachliche Ziel von Locarno im Rahmen der deutschen Interessen gekämpft, sondern dann würde es heißen: Die deutsche Politik schwingt um. Dann würde man die deutsche Politik nicht mehr als die Politik der friedlichen Verständigung in der Welt ansehen, wir würden das von unserer politischen Lage aus einfach brauchen, sondern man würde dann sagen: jetzt tritt Deutschland wieder auf und mischt sich in einer Weise in die Dinge ein die geeignet ist, das, was aufgebaut war, wieder umzuwerfen! Rein, meine Damen und Herren! Es gibt nur einen geraden Weg. Gerade in dieser Stunde, wo gegen meine Person von den Deutschnationalen, mit denen ich vertrauensvoll zusammengearbeitet habe, ein Misstrauensantrag eingebracht worden ist, bekenne ich mich erneut zu dem Standpunkt, daß für mich nur eine klare vaterländische Arbeit das politische Programm ist. Ob ich in der Lage bin, diese Arbeit weiterzuführen, darüber entscheiden die zuständigen Stellen. — Damit schloß der Reichskanzler seine Rede, der lebhafter Beifall der Regierungsparteien folgte.

Aus der Debatte nach der Rede des Reichskanzlers ist hervorzuheben, daß Graf Westarp (Dnt.) erklärte: Wir haben im vorigen Jahre vertrauensvoll mit dem Reichskanzler zusammengearbeitet. Wir denken gern daran zurück und leugnen keineswegs den ehrlichen vaterländischen Willen Dr. Luthers. Uns trennen von ihm nur nächtliche, sachliche Gegensätze. In dem Billigungsantrag der Regierungsparteien wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung vor dem Eintritt in den Völkerbund die nötigen Garantien erhält. Wir müssen in dieser Stunde verlangen, daß die Regierung nachdrücklich diesen Erwartung entspricht.

Hierauf bemerkte der Reichskanzler: Jedenfalls sei das Festhalten an der Locarnopolitik notwendig; denn Locarno müsse als abgeschlossener Tatbestand der deutschen Politik betrachtet werden.

#### Der Zusatzantrag der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Von der Wirtschaftlichen Vereinigung ist zur Billigungsformel ein Zusatzantrag eingegangen:

Der Reichstag erklärt sich mit einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erst dann einverstanden, wenn er erfolgen kann unter den in Locarno gegebenen Voraussetzungen, nämlich der Erteilung eines ständigen Passes ohne weitere Verneuerung der Pässe und ohne Durchbrechung des Grundgesetzes der Einstimmigkeit.

Vor der Abstimmung über den Zusatzantrag der Wirtschaftlichen Vereinigung zur Billigungsformel erklärte Abg. Schulz-Bromberg (Dnt.), seine Freunde würden für den Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung stimmen, weil er eine wenn auch unzulängliche Verbesserung der Billigungsformel sei. Dadurch werde aber nichts geändert an der Ablehnung der Billigungsformel durch die Deutschnationalen.

In namentlicher Abstimmung wurde der Zusatzantrag mit 250 gegen 158 Stimmen abgelehnt.

#### Eine österreichische Auszeichnung für Hindenburg.

Der österreichische Bundeskanzler Kramel wird, wie die „N. Z.“ berichtet, bei seinem Besuch in Berlin, der Ende dieser Woche erfolgen soll, dem Reichspräsidenten von Hindenburg die höchste Auszeichnung der österreichischen Republik, das große goldene Ehrenzeichen der Republik am Bande mit dem Stern, überreichen. Das Großkreuz wurde bisher noch an keine auswärtige Persönlichkeit verliehen. Es ist dies die erste ausländische Auszeichnung, die Hindenburg, dem Blatt zufolge, annimmt.

#### Hindenburg Ehrenbürger der Kölner Universität.

Köln, 22. März. Der Reichspräsident wurde bei seinem gestrigen Besuch zum Ehrenbürger der Universität Köln ernannt. Der Reichspräsident nahm die Ernennung an.

#### Das vorläufige Ergebnis des Volksbegehrens.

Nach den bisher vorliegenden vorläufigen amtlichen Ergebnissen aus 17 Wahlkreisen haben nach einer Zusammenstellung der „Völkischen Zeitung“ 7 899 902 Personen ihre Stimme für das Volksbegehren abgegeben. Das „Berliner Tageblatt“ schätzt nach den vorliegenden Ergebnissen die Gesamtzahl der Einzelstimmen auf 13 bis 13,5 Millionen.

Die Zahl der Enttragungen beträgt für den Freistaat Sachsen 1 542 359. Stimmberechtigte bei der Wahl des Reichspräsidenten am 26. April 1925 3 261 725. Eingetragen haben sich 47,3 Prozent der Stimmberechtigten.

#### Auflösung einer Ortsgruppe des Wehrwolf.

Berlin, 23. März. Durch Verfügung des preussischen Ministers des Innern ist mit Zustimmung der Reichsregierung die Ortsgruppe Ekeborn (Kreis Pinneberg) des Bundes Wehrwolf aufgelöst worden. — Wie der Amtliche Preussische Pressedienst den beigefügten Gründen entnimmt, sind die Mitglieder der genannten Ortsgruppe in ihren allwöchentlichen Versammlungen durch den Bezirksgruppenführer Dr. Hellmann-Hamburg und durch den Ortsgruppenführer Winkelmann aus Langelshe wiederholt an Hand von zwei Infanterielegierungen, Modell 1917, im Gebrauch dieser Kriegswaffen ausgebildet worden.

#### Zusammenstoß bei einer Demonstration.

Dortmund, 24. März. Bei einem Besuch, einen Demonstrationzug von Erwerbslosen aufzulösen, wurden die Polizeibeamten mit Steinen beworfen. Erst Verstärkungen gelang es, die Demonstranten zu zerstreuen.

#### Die amerikanischen Vertreter für die Abrüstungs-Vorkonferenz.

Washington 25. März. Wie im Weißen Hause mitgeteilt wurde, ist der Gesandte Wilson zum Führer der amerikanischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz bestimmt worden.